

Postulat Fraktion GLP (Michael Köpfli, GLP): Wer Kulturinstitutionen überdurchschnittlich mit seinen Steuern finanziert, soll diese günstiger besuchen dürfen

Gemäss Medienmitteilung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland vom 16. August 2010 soll bei der Finanzierung der grossen Kulturinstitutionen alles beim Alten bleiben. Dieser Entscheid ist für die Grünliberalen inakzeptabel und es ist ein Hohn, wenn die Regionalkonferenz sogar noch von einem „bewährten Finanzierungsschlüssel“ spricht.

Fakt ist, dass der Finanzierungsschlüssel jedem Verursacherprinzip widerspricht. Die Regionsgemeinden stellen beispielsweise annähernd die Hälfte der Besucherinnen und Besucher des Stadttheaters, sie beteiligen sich aber mit nur 11% an dessen Finanzierung, während die Stadt 39% beisteuert. Fakt ist deshalb auch, dass die Kulturausgaben pro Kopf in der Stadt um ein Vielfaches höher sind als in der Agglomeration.

Die Grünliberalen fordern deshalb, dass sich die Regionsgemeinden und insbesondere die unmittelbaren Agglomerationsgemeinden in deutlich höherem Ausmass an der Finanzierung der grossen Kulturinstitutionen beteiligen, welche auch für sie massgeblich zur Standortattraktivität beitragen und welche auch von ihren Bewohnerinnen und Bewohnern ausgiebig genutzt werden. Wenn die betroffenen Gemeinden der Stadt nicht entgegenkommen – was leider absehbar ist – müssen andere Wege geprüft werden. Es darf nicht sein, dass die Stadt ein weiteres Mal einfach die Faust im Sack macht, wenn es um die Abgeltung von Zentrumslasten geht.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt zu prüfen, inwiefern es möglich wäre, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern – welche mit ihren Steuern die Kulturinstitutionen bereits massiv überdurchschnittlich mitfinanzieren – günstigere Eintritte erhalten könnten als die übrigen Besucher. (Ob dies durch eine Senkung der Eintritte für die Stadtbernerinnen und Stadtberner, durch eine Erhöhung der Eintritte für die übrigen Besucherinnen und Besucher oder einer Mischung von beidem erfolgen soll, lassen die Postulanten zu diesem Zeitpunkt offen.)

Eine solche Massnahme wäre im Übrigen alles andere als ein Novum, so gibt es beispielsweise in vielen Skigebieten aus dem gleichen Grund günstigere Tarife für die Bewohnerinnen und Bewohner des Skigebiets.

Bern, 26. August 2010

Postulat Fraktion GLP (Michael Köpfli, GFL), Kathrin Bertschy, Tania Sollberger, Peter Ammann, Claude Grosjean

Antwort des Gemeinderats

Die Höhe der finanziellen Beteiligung der Regionsgemeinden an den Kulturausgaben der Stadt Bern ist immer wieder Gegenstand politischer Diskussionen. Aktuell liegen dem Stadtrat die vier Subventionsverträge, die gemeinsam von Stadt, Kanton und Regionsgemeinden getragen werden, zum Beschluss und zur Weiterleitung an die Stimmberechtigten vor. Gemäss diesen Verträgen sollen sich die Regionsgemeinden wie in den letzten Jahren zusammen mit 11 % an den Betriebskosten der drei Museen und von Konzert Theater Bern beteiligen.

Die Frage, ob der Satz von 11 % zu hoch oder zu tief ist, wird naturgemäss unterschiedlich beantwortet. Soll sich der Satz direkt an der Zahl der Besucherinnen und Besucher von Kulturinstitutionen orientieren, die aus der Region kommen? Soll dabei auch die Tatsache berücksichtigt werden, dass der Kanton als Gesamtheit der Berner Gemeinden 50 % beiträgt? Wie wichtig ist die Höhe des Prozentsatzes und wie wichtig ist die Summe, mit der die Stadt real entlastet wird? Gemäss heutiger Gesetzeslage müssen sich die Gemeinden Bern-Mittelland mit mindestens 10 % an den Subventionen der definierten Institutionen beteiligen; der Satz darf max. 15 % betragen. Die konkrete Höhe ist also Verhandlungsgegenstand.

Mit dem revidierten kantonalen Kulturförderungsgesetz wird sich ab 2016 die Beteiligung der drei Finanzierungsträger Kanton, Stadt und Regionsgemeinden an der Subventionierung städtischer Kulturinstitutionen verändern. Dies ist auch die Gelegenheit, die prozentuale Beteiligung der Gemeinden neu zu verhandeln. Doch zunächst setzt sich die Stadt im Rahmen der Vernehmlassung zum revidierten Kulturförderungsgesetz dafür ein, dass den Regionen dort dieser Spielraum überhaupt gewährt und nicht einfach die prozentuale Beteiligung der Regionsgemeinden vom Kanton vorgeschrieben wird.

Auch wenn die Verhandlungen mit den Gemeinden nicht einfach sein werden; der Gemeinderat lehnt es ab, vorweg Druckmittel gegenüber den Gemeinden anzudrohen. Das hier vorgeschlagene Druckmittel der „Einheimischentarife“ bzw. erhöhter Tarife für Auswärtige, kommt für den Gemeinderat jedenfalls nicht in Frage. Die Zusammenarbeit zwischen Regionsgemeinden und Stadt hat sich in den letzten Jahren zugunsten der Stadt entwickelt; das Verständnis, ein einziger Kulturraum zu sein und auch als Agglomerationsgemeinde vom städtischen Kulturangebot zu profitieren, ist gewachsen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 26. Januar 2011

Der Gemeinderat